



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Soziales,
Familie und Gesundheit

Friedensplatz 1
44122 Dortmund
Zimmer 328-330

Tel: (0231) 50-22 077/78/79

Fax: (0231) 50-22 094

eMail:

fraktion@gruene-dortmund.de

14.09.2004

Vorschlag zur Tagesordnung

Sitzungsart: öffentlich	Stellungnahme:	Dringlichkeit:
Gremium: Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit		Beratungstermin: 14.09.2004

Tagesordnungspunkt

Zukunftsfähige Arbeitsmarktreform in Dortmund

1. Die Ausschüsse halten eine Weiterentwicklung der Arbeitsmarktreformen auf der Bundesebene in folgenden Punkten für notwendig:
 - a. Die Zuverdienstmöglichkeiten müssen so ausgestaltet werden, dass bis zu 400 Euro jeder zweite Euro anrechnungsfrei bleibt. Jenseits von 400 Euro muss ein weiterer Zuverdienst in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße möglich sein.
 - b. Die Eckregelsätze für Kinder ab dem siebten Lebensjahr müssen mindestens dem bisherigen Niveau aus einmaligen und regelmäßigen Leistungen der bisherigen Sozialhilfe entsprechen.
 - c. Zusätzliche Belastungen durch die Gesundheitsreform müssen entsprechen in der Regelsatzberechnung berücksichtigt werden.
 - d. Das Altersschonvermögen ist deutlich zu erhöhen.
 - e. Es muss gewährleistet sein, dass erwerbsfähige Frauen und Männer ohne Anspruch auf ALG II Zugang zu allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben.
 - f. Frauen, die sich aufgrund einer akuten Notsituation in einem Frauenhaus aufhalten, müssen einen Anspruch auf ALG II erhalten, ohne unmittelbar zur Arbeit herangezogen werden zu können.

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

2. Die Ausschüsse beschließen, bei der Umsetzung von Hartz IV alle kommunalen Handlungsspielräume zu nutzen, um einen kommunalen Beitrag zur Beschäftigung und Qualifizierung zu leisten, sowie soziale Härten für negativ Betroffene der Arbeitsmarktreformen zu mildern.

2.1 Die Ausschüsse fordern die ARGE auf, durch entsprechende Anweisungen dafür Sorge zu tragen, dass die FallmanagerInnen ausschließlich Arbeitsverhältnisse vermitteln, die branchen- und ortsüblich entlohnt werden. Diese Regelung gilt bis zum Inkrafttreten von gesetzlichen Regelungen, die ein Lohndumping verhindern.

2.2 Die Ausschüsse sprechen sich dafür aus, dass die Stadt Beschäftigungsfelder für zusätzliche, gemeinnützige und freiwillige Zuverdienstmöglichkeiten schafft. Dabei müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- a) Für die einzurichtenden zusätzlichen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten muss ein ständiges Controlling sicherstellen, dass keine regulären Arbeitsplätze verdrängt werden und eine klare Abgrenzung von den Aufgaben dauerhafter Beschäftigung möglich ist. Die Beschäftigungsfelder sind mit der AMI abzustimmen.
- b) Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften des zweiten Arbeitsmarktes sind zu erhalten und aktiv in den Reformprozess einzubeziehen.
- c) Die begleitende Anbietung von Qualifizierungsbausteinen ist zwingend vorzusehen.
- d) In besonderen Fällen sollen Arbeits- bzw. Beschäftigungsverhältnisse länger als ein Jahr gefördert werden. Über Ausnahmen soll in den Gremien der AMI beraten werden.
- e) Die Ausschüsse erwarten eine Evaluation der Auswirkungen der Reformprozesse auf Personen, die kein ALG II beziehen werden. In Abhängigkeit von den Ergebnissen ist ein Modellprojekt zu entwickeln, inwieweit Betroffenen die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen ermöglicht werden kann.

2.3 Die Ausschüsse halten es für notwendig, dass unabhängig von dem personenbezogenen Fallmanagement eine unabhängige Beratungsinstitution zur Verfügung steht, die über die neuen Regelungen informiert und eine spezielle Beratung für betroffene Frauen vorsieht. Die AMI Dortmund soll sich über eine entsprechende Lösung verständigen.

2.4 Die Ausschüsse sprechen sich dafür aus, dass die Verwaltung bei der Beurteilung der Angemessenheit des Wohnraums jegliche Härten für die Betroffenen vermeidet, die jeweils persönliche Situation berücksichtigt und alle Handlungsspielräume nutzt, um Umzüge zu vermeiden.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

2.5 Die Ausschüsse beauftragen die Verwaltung, vor der Sommerpause 2005 darüber zu berichten, in wie vielen Fällen eine „unangemessene“ Wohnraumnutzung festgestellt wurde und welche Kriterien bei der Beurteilung zugrunde gelegt wurden. Diese Berichterstattung wird halbjährlich fortgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gez. Daniela Schneckenburger

f.d.R. Petra Kesper